

27. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW)
„Grenzen der Demokratie / Frontiers of Democracy“
vom 25. bis 28. September 2018 an der Goethe-Universität Frankfurt am Main

Call for Papers im Rahmen des offenen Panels

Zukunft der Gewerkschaften in der Demokratie und der Demokratie in den Gewerkschaften

Panel Chairs:

Martin Behrens (WSI), Samuel Greef (Universität Kassel),
Britta Rehder (Ruhr-Universität Bochum), Wolfgang Schroeder (Universität Kassel)

unterstützt vom Arbeitskreis Verbände

Demokratie ist nicht nur als Leitprinzip in der Gewerkschaftsbewegung verwurzelt. Gewerkschaften sind auch Träger von Entwicklung und Begrenzung von Demokratie. Sie sind aufgrund ihrer historischen Leistungen, ihrer Bedeutung für den Interessenausgleich zwischen Arbeit und Kapital, sowie durch die Mitbestimmung in der Sozialen Marktwirtschaft ein wichtiger Kern der Demokratie. Eine Demokratie braucht die Gewerkschaften. In der heutigen Zeit stehen sowohl die Demokratie, als auch die Gewerkschaften vor großen Herausforderungen. Letztere reagieren mit unterschiedlichen Strategien und versuchen, sich in veränderten Umwelten zu behaupten.

Vor diesem Hintergrund möchten wir die im Wandel begriffene Gewerkschaftspolitik verstärkt unter demokratiethoretischen Gesichtspunkten in den Blick nehmen. Dabei soll das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Demokratie im Panel aus unterschiedlichen Perspektiven ausgelotet werden. Vielversprechende Fragestellungen ergeben sich beispielhaft in der Außen- und Innenperspektive:

I. Außenperspektive – Rolle der Gewerkschaften in der Demokratie: Gewerkschaften sind ein wesentlicher Teil der Demokratie, da sie Teilhabe ermöglichen und Legitimität stiften. In zahlreichen Bereichen gerät die Mitbestimmung als gelebte Demokratie in den Betrieben unter Druck. Eine institutionalisierte Beteiligungskultur gibt es in vielen Unternehmen nicht (mehr), wie sich an der zurückgehenden Zahl mitbestimmter Unternehmen auf Aufsichtsrat- wie Betriebsrats-ebene zeigt. Darüber hinaus verliert der Betrieb mit der Digitalisierung, und damit einhergehenden neuen Arbeitsformen wie Crowdfunding, als Bezugspunkt an Bedeutung. Wie kann eine Stärkung der Mitbestimmung aussehen und welche Rolle kommen dabei Gewerkschaften, Arbeitgebern und Staat zu?

Gleichzeitig stößt die Annahme, dass eine Demokratie Gewerkschaften braucht, nicht nur dann auf Widerspruch, wenn Gewerkschaften als Veto-Akteure identifiziert werden, sondern auch bei solchen gesellschaftlichen Gruppierungen, in deren Augen die Gewerkschaften nur (noch) die Partikularinteressen spezifischer Beschäftigtengruppen und Branchen vertreten, z.B. in der Umwelt- oder Klimapolitik. Die Konflikte um Braunkohle und „Dieselgate“ z.B. stellen insbesondere die Industriegewerkschaften vor die Herausforderung zu entscheiden, welche konkurrierenden Interessen mit welchen Mitteln repräsentiert werden sollen.

II. Innenperspektive – Rolle der innerverbandlichen Demokratie für die Gewerkschaften: Beteiligung und Mitbestimmung als lebendige, gelebte und erlebte Demokratie. In den letzten Jahren haben einzelne Gewerkschaften das Spannungsverhältnis zwischen Einfluss- und Mitgliederlogik neu austariert. Demokratische Partizipation ist dabei ein wesentlicher Teil der neuen Mitgliederorientierung. Der Weg geht damit weg von einer Stellvertreterpolitik. Stattdessen wird versucht, neue Beteiligungskonzepte zu erproben. Unklar ist bislang allerdings, welches Demokratieverständnis auf den unterschiedlichen Ebenen innerhalb der Gewerkschaft damit verbunden ist. Gleichzeitig bringen neue Beteiligungsformen auch neue Herausforderungen mit sich. Nicht zuletzt ist ein erheblicher organisationskultureller Wandel, insbesondere bei den Funktionären, notwendig, der aktiv gestaltet werden muss.

Bitte senden Sie einen Abstract Ihres vorgeschlagenen Panelbeitrags mit nicht mehr als 300 Wörtern bis zum **31. Januar 2018** per E-Mail an Samuel Greef (greef@uni-kassel.de).

Wir freuen uns besonders über Einreichungen von jungen WissenschaftlerInnen.